Ressort: Politik

Bundesregierung: Klimaschädliche Subventionen kein Thema

Berlin, 16.04.2018, 20:32 Uhr

GDN - Die Bundesregierung sieht beim Abbau von klimaschädlichen Subventionen, zu dem sich die G20-Staaten bereits im Jahr 2009 verpflichtet haben, im eigenen Land keinen Handlungsbedarf. Das geht aus der Antwort des Bundesfinanzministeriums auf eine kleine Anfrage der Grünen hervor, über die die "taz" (Dienstausgabe) berichtet.

Darin erklärt das Ministerium, dass es viele Vergünstigungen gar nicht als Subvention wertet. Beim im Vergleich zu Benzin deutlich niedrigeren Steuersatz auf Diesel etwa handelt es sich laut Ministerium "nicht um eine Subvention". Formal liege dort keine Steuerermäßigung vor, es gebe nur zwei verschiedene Steuersätze. Auch die steuerliche Privilegierung von Dienstwagen mit hohem CO2-Ausstoß ist laut Finanzministerium "keine Subvention" im Sinne des Stabilisierungsgesetzes. Damit stellt sich das Finanzministerium klar gegen das Umweltbundesamt (UBA), das für sinnvoll hält "einen weiten Subventionsbegriff zu verwenden". Die Definition des Finanzministeriums hält man beim UBA für ungeeignet. "Es ist auch dann eine umweltschädliche Subvention, wenn die öffentliche Hand bestimmte Konsumweisen begünstigt", sagte ein Sprecher zur "taz" (Dienstausgabe). "Beim günstigeren Steuersatz für Diesel oder beim Dienstwagenprivileg ist das sicherlich gegeben." Scharfe Kritik an der Position der Bundesregierung kommt vom haushaltspolitischen Sprecher der Grünen, Sven Kindler. "Es ist krass, wie die Bundesregierung die wissenschaftlichen Erkenntnisse ihres eigenen Bundesamts leugnet", sagte er der "taz". Mit den klimaschädlichen Subventionen würden nicht nur die Lebensgrundlagen zerstört; zugleich verzichte der Staat damit auch auf Geld, "um in einen guten öffentlichen Nahverkehr und ökologische, bezahlbare Wohnungen in unseren Städten zu investieren", so Kindler.

Bericht online:

<https://www.germindailynews.com/bericht-104802/bundesregierung-klimaschaedliche-subventionen-kein-thema.html>

Redaktion und Verantwortlichkeit:

V.i.S.d.P. und gem. § 6 MDStV:

Haftungsausschluss:

Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.

Editorial program service of General News Agency:

United Press Association, Inc.
3651 Lindell Road, Suite D168
Las Vegas, NV 89103, USA
(702) 943.0321 Local
(702) 943.0233 Facsimile
info@unitedpressassociation.org
info@gna24.com
www.gna24.com